

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Ein Jahr Weltkrieg

Nun fährt sich's, seitdem das furchtbare, weltgeschichtliche Klagen begonnen hat. Wie schnell doch die Zeit verfliehet. Man meint, es sei gestern gewesen, als die roten Plakate die Mobilmachung verkündeten, die Sturmgloden durchs Land schallten, und wir die Millionen hinausziehen sahen. Welch gewaltige Ereignisse aber haben sich in dieser Zeit ereignet? Wieviel Schmerz und Kummer ist über die Welt gebraust, und welche Ströme von Blut und Tränen sind vergossen worden! Aber auch wieviel Heldengeist und Opfermut! Wohl noch nie hat die Mutter Erde gleichzeitig so viele ihrer Söhne ihr Leben selbstlos in die Schanzen schlagen sehen.

Die Welt hält den Atem an. Sie hält ihn an ob der gewaltigen, unerhörten Energie, mit der die beiden verbündeten Kaiserreiche ihr Leben verteidigen. Hier vollzieht sich Weltgeschichte, und sie wird gemacht vom deutschen Volk, es drückt ihr seinen unvergänglichen Stempel auf. Die alte Wahrheit rollt sich vor unseren Augen erneut ab: ein stilllich-gesundes, arbeitshartes, vorwärtstrebendes Volk läßt sich nicht von der ihm vorgezeichneten Bahn abdrängen; es setzt seinen Willen durch, allen Widerständen zum Troh.

Das kann freilich nur ein Volk, das gesund an Haupt und Gliedern ist. Man kann ganz gewiß den Heroismus des untergehenden französischen Volkes bewundern. Aber er ist umsonst gebracht. Sein stilllicher Tiefstand, die Angst vor dem Feind und die Furcht vor der Verantwortung entscheiden sein Schicksal. Das reiche, aber fatte England, hat den Höhepunkt seiner Macht überschritten. Der Krieg legt die schwachen Stellen seines staatlichen und gesellschaftlichen Organismus bloß, es mehren sich die Zeichen des Verfalls. Das unschuldige russische Volk kann man bebauern, es trägt das harte Los, das ihm von einer korrupten, verbrecherischen Regierung und anderen Asiaken auferlegt ist. Erst um den inneren Wahrheitsgehalt der großen Ideen, von denen ein Volk bewegt und getragen wird, rankt sich die äußere Macht wirksam empor. Jeder muß von der Gerechtigkeit und Größe der Aufgaben überzeugt sein, für die er kämpft, selbst und stirbt. Wie kann Italien einen hohen, hehren Kampf führen, der unter dem Brandmal der Untreue begonnen ward?

Das deutsche Volk hat der Welt ein nie gesehenes Beispiel von Wille und Energie geboten. Der Aufmarsch seiner Heere glich nicht nur einem kunstvollen, sondern auch einem allen Schlägen trotzen Uhrwerk. Deutsche Organisationskraft, errungen nach jahrhundertelanger Zersplitterung, feierte ihre Triumphe. Der „Militarismus“, der für so viele in unserem deutschen Wirtschafts- und Organisationsleben eine ausgezeichnete Schule gewesen, bewies, was er in langer Friedensarbeit vorbereitet hatte. Der nunmehr empfundene wohl-tätige Schutz unseres Militarismus hat damit manchen bitteren Groll seiner Gegner beschwichtigt. Deutscher Soldat zu sein ist freilich kein Süßholzraspeln. Er stellt die höchsten Anforderungen an den Menschen, das empfinden ja jetzt so manche, die noch in späten Jahren das Gewehr schultern müssen. Aber nur mit der unserem „Militarismus“ eigenen Härte und seiner hohen Leistung schlagen wir die siegreichen Schlachten und überwinden einen an Zahl uns weit überlegenen Feind. Auf den zu erreichenden Zweck ist seine harte Schule eingestellt.

Der Weltkrieg von 1914 hat kein zerrüttetes Heer angetroffen wie Napoleon in 1806 in Preußen. Die Heere Friedrichs des Großen hatten der ganzen Welt Bewunderung abgerungen, um so überraschender war nur einige Jahrzehnte später der Zusammenbruch. Waren nicht auch bei uns in den letzten Jahren manche, die besorgt nach einem Jena oder Sedan fragten? Die Schwarzheer haben nicht recht behalten.

Die deutsche Armee hat nicht auf den Lorbeeren von 1866 und 1870 ausgeruht, sondern hat in unermüdbarer, zielsicherer Arbeit das Instrument ge-

schaffen, das wir zur Landesverteidigung heute wirksam sehen. Sie hat es den veränderten Verhältnissen angepaßt und mit allen modernen Erzungenschaften ausgerüstet. Kann es anders sein bei so hervorragenden Heerführern, wie sie der Krieg uns bei den deutschen Heeren zeigt? Was gäben unsere Feinde um einen Falkenhahn, Hindenburg, Mackensen usw.?

Man nennt den großen Krieg nicht mit Unrecht einen Krieg der Technik. Der Erfolg des Kampfes aber ist nicht nur von der Güte und Mannigfaltigkeit der Waffen abhängig. Könnten wir etwa den furchtbaren Kampf führen ohne unser vorzügliches Eisenbahnen mit seinem erstklassigen rollenden Material? Nur mit seiner Hilfe ist es uns möglich, in kürzester Frist unsere Truppen von einem zum anderen Kriegsschauplatz werfen zu können. In der Erfindung und Anwendung neuer Sprengstoffe und Waffen, Luftschiffe, Flugzeuge, Unterseeboote usw. stehen wir an der Spitze. Und überall zeigt sich der Meister: das enge Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Technik, von Theorie und Praxis. Die deutsche Gründlichkeit hat uns zum Herrn der Technik gemacht.

Es liegt uns fern, uns überheben zu wollen. Hochmutsdünkel ist eine üble Eigenschaft, die ins Verderben führt. Das muß heute England an sich erfahren. Aber Tatsachen können und dürfen wir konstatieren und wir haben das Recht, uns darüber zu freuen. Der Erfolg soll aber auch kein Unfall zum Ausruhen für uns sein, nein, er soll uns zu noch Größeren anspornen.

Unsere Heere stehen im Osten und Westen tief in Feindesland. Alle Anstrengungen unserer Feinde, uns von dort zu vertreiben, haben sie blutig bezahlen müssen. Unerschütterlich ist unsere Front. Die Italiener rennen sich am österreichischen Wall ohne jeden Erfolg die Köpfe ein. Ihre Laien stehen mit ihren großsprecherischen Worten in grellem Widerspruch. Im Osten vollzieht sich das Schicksal Rußlands mit unerbittlicher Gewalt. Keine Armee kann derartigen Schlägen längere Zeit ohne innere Erschütterung widerstehen, selbst die russische nicht. Wir wissen, daß auch die anderen an die Reihe kommen, und das in nicht zu ferner Zeit.

Das stolze, meerbeherrschende Albion aber muß seine mächtige Flotte in seinen Häfen verstecken, damit sie unseren Unterseebooten nicht zum Opfer fällt. Und was haben sich unsere Feinde nicht von dem Hungerkrieg gegen das deutsche Volk versprochen? In welche Betörung haben sie damit das unwissende französische, englische und russische Volk hineingetrieben? Heute stehen sie da als die betäubten Lohgerber, die den forschwimmenden Fellen nachschauen. Ist's ihnen mit der Spekulation auf den wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott Deutschlands nicht ebenso ergangen? Wir kennen die Schwere der Last, die uns damit auferlegt ist. Sie wird getragen, weil sie getragen werden muß. Sie läßt uns aber auch unseren Hauptfeind erkennen, gegen den es die Freiheit der Meere zu erkämpfen gilt.

Ein Jahr Weltkrieg! Groß und schwer ist die Zeit. Und noch sehen wir die Friedenspalme nicht wehen. Wer sehnt sich wohl nicht nach Frieden? Darüber gibt's kein Streiten, aber nicht nach einem Frieden um jeden Preis. Einen solchen lehnt das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit ab, wir wollen einen Frieden, wie er den gebrachten Opfern entspricht, und wie ihn die Kriegslage rechtfertigt. Wenn es um die Zukunft geht, hat die Gegenwart zu schweigen, sie hat nur die Opfer zu bringen, die das große Ziel von ihr verlangt. Das haben wir in hunderten gewerkschaftlichen Kämpfen erprobt, für uns ist das eine Binsenwahrheit. Je klarer das erkannt wird, um so entschiedener geht jeder den Weg, der gegangen werden muß.

Wir würdigen die Opfer, die gebracht werden müssen, sie sind in manchen Fällen riesengroß. Wir stehen stumm erschauernd vor den fast 1100 Mitglieder unseres Verbandes, die noch vor Jahresfrist voller Lebenslust mit uns vereint waren, jetzt aber schon unterm kühlen Regen in fremder Erde

ruhen. Der Krieg hat sie verschlungen. Wir legen einen Lorbeerkranz auf ihr Grab, wie es für Helden sich ziemt. Der Schmerz erschüttert unsere Seele ob dieses herben Verlustes, wir sind andererseits aber um so stolzer auf sie, weil sie ihr Leben auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben. Mitten in der Furcht hat die feindliche Kugel sie aus dem noch so heiß empfundenen Leben herausgerissen. Sie starben als Helden, ihr Andenken wird in alle Zukunft fortleben.

Wir aber raffen uns noch einmal auf zu einem entschiedenen: Durchhalten! Nicht rückwärts wollen wir blicken, sondern vorwärts in eine bessere Zukunft. Hoch den Kopf und die Sehnen gestraht, ob im Schlachtgetümmel oder in der Heimat. Die stngen unsere Feldgrauen, wenn sie hinausziehen? „Haltet aus im Sturmgebraus!“ ist ihr Lied. Das muß unser aller Parole sein, um so eher wird das deutsche Volk den entscheidenden Sieg erringen, und um so früher, aber auch um so süßer wird ihm die Friedensbotschaft erklingen.

Tauch- und Unterseeboote

Der Werdegang und die Stärke der deutschen Seemacht ist in einem vorausgehenden Artikel im allgemeinen dargestellt worden. Von besonderem Interesse ist die Entwicklung der Untersee- und Tauchboote. Als Unterseewaffe von besonderem Werte wurde zunächst das Torpedo angesehen. Im Reichstag 1884 wurde die Anforderung von 80 Torpedobooten regierungsseitig also begründet: „Es gibt keine Gefahr, die den Schiffen verderblicher, ihrer Besatzung empfindlicher ist, als die durch unterseeische Kampfmittel. Bei einem eigenen Risiko von wenig Mann, von einem billigen und in einigen Monaten herzustellenden kleinen Boot ist die Möglichkeit gegeben, kolossale Schiffe durch einen einzigen Torpedotreffer zum Sinken zu bringen.“

Dem Torpedoboot, das selbstbeweglich Seeminen und „Göllennaschinen“ unterseeisch an feindliche Fahrzeuge heranzubringen vermag, hat sich inzwischen ein Boot gesellt, das selbst unterseeisch, mit unterseeischen Waffen an den Feind heran kann. Die Versuche, solche Schiffe zu bauen, gehen auf mehr als hundert Jahre zurück. In Deutschland hat ein Schwabe, Wilhelm Bauer aus Dillingen in Bayern von 1848 bis 1851 ein unterseeisches Minenboot und später einen Brandtaucher gebaut, mit dem er erfolgreiche Fahrten im Hafen von Kronstadt ausführte. In der Alten und Neuen Welt bemühten sich Erfinder, ein für den Seekrieg brauchbares Unterseeboot herzustellen. Der schwedische Ingenieur Nordenfjelt erzielte 1885 einigen Erfolg mit seinem in England gebauten Boot. Dieses hatte 290 Tonnen Wasserverdrängung und untergetaucht eine Geschwindigkeit von vier bis fünf Seemeilen. Die englischen Marinegewaltigen standen dem neuen Schiffstyp als zu kompliziert, auch im Hinblick auf die starke englische Flotte, ablehnend gegenüber. Die Marineverwaltung Frankreichs nahm die Sache ernst. Sie beauftragte 1886 Konstrukteure und Ingenieure, Versuche mit Untersee- und Tauchbooten zu machen; diese wurden jahrelang fortgesetzt und führten um die Jahrhundertwende zu einem gewissen Ziele. 1905 war die Sache soweit gediehen, daß Vergleichsfahrten und Übungen zwischen Unterwasserbooten und Tauchbooten gemacht werden konnten. Frankreich hat heute reine Unterwasserboote zur Lebensibe, zum Hafen- und Küstenschutz, und Tauchboote zum Angriff. „Hohsee-Unterseeboote“ von 400 und über 1000 Tonnen Wasserverdrängung. Die neuen Boote können in zwei bis drei Minuten untertauchen; ihre Geschwindigkeit beträgt über Wasser 15 und mehr Seemeilen, unter Wasser 10 Seemeilen und mehr. Während früher an einem Tauchboote zwei und vier Torpedorohre angebracht waren, sind es jetzt sieben. Es gibt Tauchboote mit nur zwei Torpedorohren, aus denen man jedoch zehn Torpedos abfeuern kann.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben dem Unterseebootwesen ebenfalls große Aufmerksamkeit zugewendet. 1907 wurden Konkurrenzfahrten zwischen dem reinen Unterwasserboot und dem Tauchboot veranstaltet, um eine Stellungnahme der Marineverwaltung zu ermöglichen. Dabei wurde geprüft: die Geschwindigkeit und Manövrierfähigkeit, die zum Tauchen erforderliche Zeit, die Bewohnbarkeit, nach Dauer während der Befahrung, die Widerstandsfähigkeit der Boote gegen den Wasserdruck in verschiedenen Seetiefen und bei hohem Seegang, sowie die Schießmöglichkeit und -wirkung im getauchten Zustand. Die dabei verwendeten Boote hatten für Ueberwasserfahrt Explosionsmotoren, für Unterwasserfahrt Elektromotoren. Das Ergebnis war, daß sowohl das Unterseeboot wie das Tauchboot als verwendbar erklärt wurden; das eine zur engeren Küstenverteidigung, das andere zu weitergreifenden, auch offensiven Unternehmungen.

Schließlich sah auch England sich gezwungen, das neue Seekampfmittel näher anzusehen und in seinen Dienst zu stellen. Von neueren Unterseebooten wurden 1913 9, 1914 24 fertiggestellt. Im englischen Etat für 1914/15 sind 29,5 Millionen zum Bau weiterer U-Boote vorgesehen und heute wohl schon ausgegeben.

Nachdem die Versuche in anderen Ländern als abgeschlossen gelten konnten und über die Brauchbarkeit der Untersee-(Tauch-)Boote praktische Erfahrungen vorlagen, ging man auch in Deutschland mit dem Bau der neuen Waffe vor. Der Marineetat für 1905 enthielt zum ersten Male eine Anforderung von 1 1/2 Millionen Mark für Unterseeboote. 1906 wurden 2 1/2, 1907 3 Millionen und in den folgenden Jahren immer 5 Millionen Mark für Unterseebootsbauten vom Reichstag bewilligt. Je nach der Größe und Ausstattung kostet ein U-Boot 1/2 bis 3 Millionen Mark. Im August 1906 lief das erste deutsche Unterseeboot auf der Germania-Werft in Kiel vom Stapel. Im Frühjahr 1907 waren die Probefahrten so weit gediehen, daß es der Reichstagskommission vorgeführt werden konnte. Von da an sind bis Ende 1913 30 U-Boote gebaut worden, deren Zahl, nach dem Flottengesetz von 1912 bis zum Jahre 1917 auf 72 gebracht werden sollte. Am 1. Juli 1914 wurde die zweite Unterseebootsklasse gebildet und dieser als Begleitschiff der kleine Kreuzer „Stettin“ beigegeben.

Sowohl der Zahl nach wie auch hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit können sich die deutschen U-Boote sehr wohl mit denen anderer Länder messen. Das französische U-Boot „Comomb“ legte 1914, während einer 73stündigen Dauerfahrt, 800 Seemeilen zurück. Französische U-Boote mit 2500—3000 Seemeilen Aktionsradius wurden wegen ihrer Leistungsfähigkeit bewundert. Wie staunte aber die Welt, als Kapitänleutnant Perling mit dem deutschen U-Boot 51 im Juni 1915 die Strecke Wilhelmshaven-Konstantinopel (5000 Seemeilen) zurücklegte! Die sonstige Leistungsfähigkeit der deutschen Boote im jetzigen Weltkriege ist durch die amtlichen Berichte hinlänglich bekannt; sie stellen die Aktionsfähigkeit der feindlichen Flotte in Frage und sind so eine mächtige Waffe geworden im Dienste und zu Ehren Deutschlands.

Unsere Ein- und Ausfuhr an Lebensmitteln

Früher befaßten sich nur die Berufsstatistiker mit der zahlenmäßigen Erfassung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln. Die statistischen Veröffentlichungen fanden bei der großen Masse des Volkes recht wenig Beachtung. Der Krieg jedoch hat uns das Rechnen gelehrt und die gebieterische Forderung aufgestellt, uns über die zahlenmäßigen Grundlagen unseres Wirtschaftslebens genau zu unterrichten. Darum mag heute manchem eine statistische Uebersicht über unsere Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln recht willkommen sein. Betrachten wir zunächst unsere Lebensmitteleinfuhr und legen als normales Jahr das Jahr 1912 zugrunde. In diesem Jahre stellte sich der Wert unserer Mehreinfuhr an pflanzlichen Stoffen, die unmittelbar zur menschlichen Ernährung dienen, folgendermaßen dar:

Weizen	428,6	Mill. M.
Bohnen, Erbsen, Linsen, Buchweizen, Reis	142,3	" "
Obst	77,7	" "
Kartoffeln	53,0	" "
Gemüse	47,4	" "
Malzgerste	45,7	" "
Margarine und Pflanzenfett	16,2	" "
Pflanzöl	8,1	" "
Malz	6,6	" "

Der Gesamtbetrag für diese Nährstoffe beziffert sich auf 824,4 Millionen Mark. In Prozenten ausgedrückt, lieferte das Ausland vor dem Kriege für die Ernährung Deutschlands 17,14 Prozent an Nährstoffen, d. h. hauptsächlich Getreide, Hülsenfrüchte und Kartoffeln, 4,33 Prozent des Gemüseverbrauchs, 24,55 Prozent an Obst und Süßfrüchten, 11,62 Prozent des Honigverbrauchs, 86 Prozent von Pflanzenfetten, 100 Prozent des Verbrauchs an Kolonialwaren, 13 Prozent des Gesamtverbrauchs an alkoholischen Getränken.

Zweitens stellte unsere Mehreinfuhr an pflanzlichen Stoffen, die zur tierischen Ernährung notwendig sind, folgende Werte dar:

Futtergerste	482,3	Mill. M.
Futterrohstoffe	424,4	" "
Futterstoffe	326,3	" "
Malz	143,2	" "
Safer	52,3	" "
Samen von Gras, Klee, Luzerne usw.	43,1	" "

Die „Futterrohstoffe“ umfassen Palurkerne, Kopro, Leinfaat, Baumwollsaamen, Erdnüsse, Sesam, Raps, Nüssen. Unter „Futterstoffen“ versteht man Klee, Delfuchen, Delfucheneiweiß, Malzkeime, Reisabfälle usw. Fassen wir all diese Stoffe zusammen, so ergibt sich hier ein Gesamtwert in Höhe von 1472 Millionen Mark. Rechnen wir diese Endsumme zu der oben erhaltenen Endsumme hinzu, so ergibt sich für die pflanzlichen Stoffe, die entweder direkt der menschlichen Ernährung oder zur tierischen Erzeugung dienen, ein gesamter Einfuhrwert in Höhe von 2297 Millionen Mark.

Drittens ist unsere Mehreinfuhr an tierischen Erzeugnissen noch zu erwähnen, deren Wert betrug:

Milch, Butter, Käse, Schmalz, Talg	323,0	Mill. M.
Eier	191,3	" "
Lebendes Rindvieh	71,9	" "
Fleisch	70,9	" "
Geflügel	67,0	" "
Eingeweide, Därme, Mägen	45,0	" "
Lebende Schweine	22,7	" "

Der Gesamtwert stellt sich hier auf 791,7 Millionen Mark. In Prozenten ausgedrückt, lieferte uns das Ausland 6,27 Prozent unseres gesamten Verbrauchs an Fleisch und tierischen Fetten, ferner 1,08 Prozent des Gesamtverbrauchs an Milch und Molkeerzeugnissen, jedoch 39,7 Prozent unseres Verbrauchs an Eiern. Wenn wir nun die drei erwähnten Endsummen zusammennehmen, so stellt sich als Ergebnis heraus, daß wir an pflanzlichen und tierischen Stoffen für 3089 Millionen Mark vom Auslande bezogen.

Demgegenüber hatten wir bei einigen Produkten eine Mehrausfuhr zu verzeichnen. Hier betragen die Werte:

Zucker	128,2	Mill. M.
Weggen	89,1	" "
Weiß, Gerste und Weizenzeugnisse	83,6	" "
Bier	22,1	" "
Hopfen	10,5	" "
Kartoffelstärke	8,1	" "
Zuckerrüben und Zuckerrübensamen	7,9	" "

Nach dem bekannten Buche von Elyba d'Ar, „Die deutsche Volksernährung und der englische Hungerungsplan“, welches die Lebensmittelzufuhr auf die Hauptnährstoffe berechnet hat, bezog Deutschland vom Auslande 27,5 Prozent seines Eiweißbedarfs, 42,5 Prozent seines Fettbedarfs und 8,25 Prozent seines Kohlehydratbedarfs. Wenn diese Zahlen den Tatsachen entsprechen, so ergibt sich, daß Deutschland bisher mit reichlich vier Fünftel seines Nahrungsbedarfs aus eigener Erzeugung gedeckt war. Die Absperrung der ausländischen Lebensmittelzufuhr bedeutet für uns naturgemäß eine Erschwerung der Lage, jedoch werden wir bei richtiger Disposition und Organisation, bei richtiger Einteilung und Sparsamkeit auch im weiteren Verlauf des Krieges über diese Schwierigkeit hinwegkommen.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Albert Rohde**, Mitglied der Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr.; **Roman Binder**, Mitglied der Verwaltungsstelle Berlin; **Alfons Zeul**, Mitglied der Zahlstelle Bahr (Westertal); **Joh. Quast** aus Böbegen, Kreis Högter, Mitglied der Zahlstelle Bochum. Im Februar war Kollege **Quast** bereits zum Unteroffizier befördert worden. Unsern Glückwunsch!

Freie Urlaubsfahrt. Bekanntlich wurde Mannschaften, die zur Heu- und Pörrnerente, sowie im Interesse des Weinbaues beurlaubt wurden, unter Befreiung der Löhnung freie Eisenbahnfahrt auf Kosten des Reiches gewährt, wie dies schon bei den Beurlaubungen zur Frühjahrseinstellung der Fall war. Diese Vergünstigung ist nunmehr auf sämtliche Urlauber ohne Unterschied ausgedehnt worden. Der Urlauber erhält für die Reise einen Militärfahrchein, der neben anderen Angaben auch den Vermerk: „Fahrtkosten sind zu stunden“ enthält. Hieraus ist vielfach geschlossen worden, daß der Beurlaubte nur

Die Bauleute

Es war einmal eine große Familie, deren Angehörige wohnen zerstreut im Lande. Sie waren arme Leute, die ihr Brot durch harte Arbeit bei fremden Menschen verdienen mußten. Kein Haus nannten sie ihr eigen, in fremden Häusern mußten sie ihr Unterkommen suchen und wenn manche von ihnen keine Arbeit fanden, hatten sie weder Heim, noch Nahrung. Kamen schlechte Zeiten, dann trat dieses Los viele von ihnen. Aber auch in besseren Zeiten gaben ihnen die Menschen nicht den gerechten Lohn, sondern entlohnten sie noch Gutmücker. Es waren eben arme Leute, Arbeiter ohne festen Halt in der Welt, ohne Schutz gegen die Ungerechtigkeit und Habgier der Menschheit und gegen die Beschickelungen der guten und schlimmen Zeiten.

Da trafen sich einige aus der Familie und berieten, wie allen zu helfen sei. Sie kamen überein, die schwachen Kräfte aller zu sammeln. Nicht um Heubündel zu pflügen, wie eine andere arme Familie, sondern um der Familie einen festeren Halt in der Welt zu schaffen und ihr dadurch zu gerechter Behandlung und Würdigung ihrer Bedeutung bei der übrigen Menschheit zu verhelfen. Das Mittel zur Sammlung sollte die Errichtung eines freien Hauses sein, wie es die bestergerstellten Familien des Landes längst besaßen. Sie riefen alle Mitglieder der Familie zur Mitarbeit an und zur Verberühmung von Hausarbeit. Nicht viele kamen, denn die meisten hielten nicht viel von dem Hausbau oder schätzten die Opfer, welche der Bau erfordern würde; auch von dem Spott und der Beschickelung ihrer, welche die armen Leute zum eigenen Vorteil in Anspruch zu nehmen suchten, schreckten sie nicht ab. Denn sie suchten durch ihre Später und Heubündel noch mehr bedrückt zu werden. Deshalb konnten sich im Anfang nur wenige Hausbau. Aber diese wenigen waren gut, energiegeland

Deutsche, die keine Arbeit und kein Opfer scheuten. Sie legten feste Grundmauern in die Erde, schichteten Stein auf Stein, so daß der Bau gar bald aus der Erde wuchs, dem Himmel entgegen, der über Armen und Reichen sich in gleicher Schönheit wölbt. Das sahen und hörten die Jaghaften, und immer zahlreicher kamen sie herbei, um Steine heranzuschleppen und mitzubauen. Und wie ihr Vertrauen in die eigene Kraft und Bedeutung im Lande. Denn die armen Leute waren nicht mehr hilflos und ohne Ziel. Sie hatten einen Sammelplatz, und bald würde ihr Haus ihr schützen gegen jede fremde Willkür. So wurden die Mauern stark und hoch. Bald wurde es Zeit, das Dach aufzusetzen, das ein Einbild werden sollte für die Einigkeit der ganzen Familie. Dann würde niemand mehr zweifeln an der glücklichen Vollendung der gesteckten Aufgabe, die letzten Fernstehenden würden kommen, um in dem festen Hause zu wohnen und Anteil haben an seinem Schutze, aber auch beitragen zu seiner Vollendung und Erhaltung und immer wohlthätigeren Ausgestaltung. In der ganzen Gegend sprachen die Menschen von dem Hausbau, von der gemeinsamen Kraftanstrengung der vorher misshandelten Familie, und immer fester kam es vor, daß ihre Glieder zu leiden hatten, obwohl das Haus noch gar nicht fertig war. Das mußte sogar den wenigen immer noch vom Bau sich Fernhaltenden.

Da kam ein Krieg ins Land, und die Hälfte der Bauleute zog mit dem König ins Feld. Der Bau blieb liegen und Auslosigkeit bemächtigte sich der Zurückbleibenden, obwohl sie sahen, daß durch den Bau die Regierung des Landes auf sie aufmerksam geworden war und viel mehr für sie tat in der schweren Kriegszeit, als beim vorigen Kriege, wo die Familie noch unbedacht im Lande lag. Anstatt weiterzubauen und die schon fertigen Räume abzugeben zum Schutze gegen das Wetter, damit sie nicht noch mehr und abdrücken könnten, verbarren sie in Unthätigkeit bis zur Rückkehr der Krieger.

Als diese sahen, daß der Bau durch die Faulheit und Opferchen ihrer daheimgebliebenen Brüder und Schwestern halb verfallen war, da wurden sie zornig und sprachen: „Wir haben unsere Leiber dem Feinde dargeboten, damit er unser Land nicht überschwemme und euch vernichte; viele von uns haben geblutet und manche Lehren nie wieder, weil sie ihr Bestes, ihr Leben opferten für die Freiheit des Landes und unserer Familie. Ihr aber habt derweil gesaulenzt, habt keine Steine herangeschafft und geschichtet, ja noch mehr! Ihr habt nicht einmal das vor dem Zerfall geschützt, was schon erbaut war mit schwerer Arbeit! Schande über euch; ihr seid unvert der Opfer, die für euch gebracht wurden. Ihr wäret wert, daß der Feind über euch käme und euer armseliges, eigenjüchtiges Dasein vernichtete!“ Ueber diese Jornebre ergriffen die Daheimgebliebenen und begannen sich zu entschuldigen. Sie hätten geglaubt, während des Krieges habe die Arbeit am Bau keinen Zweck; dann sei eine Lenegung ins Land gekommen und habe es ihnen unmöglich gemacht, für den Bau Opfer zu bringen. Da sprach einer der Krieger: „Ihr klagt über die Teuerung, wir aber hungerten, dürsteten vor dem Feind und schlugen ihn mit Einsehung unseres Lebens. Ihr sagt, die Arbeit am Bau sei euch zwecklos erschienen. Schlechte Bauleute seid ihr und schlechte Deutsche obendrein! Denn deutsche Art ist es, festzuhalten, was geschaffen war, auch wenn es blutige Opfer, selbst das Leben kostet.“

Die Heimgekehrten begannen, den zerfallenen Bau auszubessern und seiner Vollendung entgegenzuführen; obwohl das rauhe Kriegshandwerk ihre Hände ungelent hatte werden lassen, wuchs das Werk wieder, wie zuvor. Das sahen die Geschultenen, begannen Steine zu schleppen und — sämten sich.

In unseren Tagen gibt es viele Arbeiter, welche diese Geschichte sich zu Herzen nehmen müssen, wenn sie nicht an der großen Arbeiterfamilie zur Wahrheit werden soll.

Vorläufig frei fahre und die Fahrkosten später von ihm bezahlt werden müßten. Das trifft nicht zu. Der Vermerk regelt nur das Abrechnungsverhältnis zwischen dem Reich, das die Fahrkosten trägt, und der Eisenbahnverwaltung, auf deren Linie der Beurlaubte fährt.

Die Kunst des Einschränkens hat ihre Grenze.

Die „Soziala Praxis“ schreibt zu der bestehenden Forderung: „Die Lebensmittelteuerung nimmt ein immer ernsteres Gesicht an, weil in weiten Kreisen der Verbrauchermassen die bittere Vorstellung herrscht, daß die geltenden Teuerungspreise nicht bloß in natürlichen Verhältnissen, Kriegsschwierigkeiten, erhöhten Gekostungs- und Centkosten, sondern auch in künstlichen Mächtigkeiten, in spekulativer Zurückhaltung und in gewinnlüstiger Preisreiberei ihren Ursprung haben, und daß von den Behörden nicht entschieden genug den übertriebenen Erzeuger- und Händleransprüchen zum Schutze der unbemittelten Käuferkreise entgegengetreten wird. Die Einsprüche der interessierten Sachverständigen der einzelnen Produktionszweige machen sich nach Ansicht der Verbraucher in den Regierungenkreisen über Gebühr geltend, sonst wären manche Anordnungen der Behörden in der Lebensmittelfrage oder ihre Ehen vor kräftigen Abhilfemaßnahmen aus Gründen angeblicher „technischer Unmöglichkeit“ nicht zu verstehen. Nebenfalls wächst in vielen Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Unzufriedenheit, die seinerzeit besonders durch die Kartoffelkrisis und die Schweinefleischteuerung gewendet und dann wieder durch die unglückliche Zuckerpolitik genährt worden ist, unerträglich, denn nicht nur die Kaufkraft der Massen hat ihre Grenzen, sondern auch die Kunst, sich einzuschränken. Denn, die immer wieder auf die gestiegenen Löhne der Arbeiterschaft als den besten Ausgleich für die Teuerung hingewiesen, ist zu erwägen, daß es sich bei den in Kriegsindustrien besser Verdienenden nur um eine verhältnismäßig dünne Schicht handelt, daß aber die große Masse der Arbeiterfamilien, deren Ernährer überdies zu Millionen unter den Waffen stehen, und die Mehrzahl der Angestellten sich mit weniger Geld als sonst einrichten muß, während die Preise für den Lebensbedarf um mindestens 50 Prozent im Durchschnitt gestiegen sind, ja für verschiedene wichtige Nahrungsmittel viel höher stehen und noch weiter zu steigen drohen.“

Wort für Wort muß man die Wahrheit dieser Darlegungen unterschreiben.

Eingaben in Sachen sozialer Kriegsmassnahmen. Die christlichen Gewerkschaften in Sachen einfallen andauernd eine rühmliche Tätigkeit durch Eingaben an Behörden und Arbeitgeber, um die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. Neben einer Anzahl von Eingaben an Arbeitgeberverbände und Einzelbetriebe sei hier erwähnt eine Eingabe des Keramik- und Steinarbeiterverbandes an die Königl. Amtshauptmannschaft in Kamenz, betr. Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer in Hütten. Ferner eine Eingabe der christlichen Gewerkschaften des Königreichs Sachsen an das Königl. Sächsisches Kriegsministerium um Arbeitszuweisung an den Gewerksverein der Heimarbeiterinnen. Gossentlich wird den Eingaben ein Erfolg beschieden sein.

Spaltung in der württembergischen Sozialdemokratie. In der Sitzung des württembergischen Landtages am 23. Juli hat sich ein politisch bedeutungsvoller Vorgang abgespielt. Die scharfen Gegensätze in der Sozialdemokratie Württembergs haben nunmehr in der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags zu einer Spaltung geführt. Die Tatsache der vollzogenen Trennung wurde von dem Präsidenten dem Parlament in aller Form mitgeteilt. Am Schluß der Verhandlungen erklärte nämlich der Präsident, er sei ersucht worden, dem Hause noch eine Mitteilung zu machen. Und nun erläutern die gespannt aufhorchenden Volksvertreter, daß die Abgeordneten Westmeyer, Engelhardt und Köpcke aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschieden seien und unter dem Namen „Sozialdemokratische Vereinigung“ eine neue Fraktion gebildet haben. Diese Mitteilung rief große Ueberraschung hervor. Einen endgültigen Bruch zwischen den beiden Richtungen der Sozialdemokraten hätte man trotz der immer schärfer werdenden, wußte noch nicht erwartet.

Englische Friedenssehnsucht. Soviel kann als sicher gelten: Wären die englischen Staatsmänner gewohnt, welche Entwicklung der Weltkrieg für England nehmen würde, sie hätten ihre verbrecherischen Tugenden davon gelassen. Aber dann wäre er überhaupt nicht ausgebrochen, weil England und Frankreich allein es nicht gewagt hätten, den Kampf mit uns aufzunehmen. Daß in England der Krieg hart drückt und daß dort weite Kreise Friedenssehnsucht erfährt, geht aus den mancherlei dahinzielenden Fragen im englischen Parlament hervor, denen die Regierung regelmäßig ausweicht. Letztere bemüht sich denn auch, jede Förderung einer Friedensbewegung zu unterdrücken. Wie lange das noch gelingt, ist zweifelhaft. Nunmehr hat auch eine englische Gewerkschaft, die Amalgamated Labourers Union, für den am 6. September in Bristol zusammen tretenden Gewerkschaftskongress einen Beschluß beantragt, worin es für dringend wünschenswert erklärt wird, daß die Feindseligkeiten im Einklang mit der nationalen Freiheit und Ehre eingestellt werden, und der Parlamentsausschuß des Gewerkschaftskongresses aufgefordert wird, Friedensbedingungen, die für die englische Arbeiterklasse günstig sind, aufzustellen und zu befürworten und die Regierung dringend aufzufordern, bestimmt und unzweideutig zu erklären, wo er in England kämpft.

Die Arbeiterunruhen in England. Um die Munitionsherstellung zu sichern, hat das englische Parlament ein Gesetz angenommen, durch welches die Arbeiter zur Arbeit gezwungen werden können. Trotzdem waren die Südwaller Bergleute (zirka 150 000) in den Streik getreten, um ihre Forderungen, 20 Prozent Lohn-erhöhung, durchzusetzen. Und sie haben einen vollen Sieg errungen, trotzdem ihnen von ihrem Verband die Unterstützung verweigert wurde. Natürlich wird ihr Erfolg Schule machen, und andere Arbeitergruppen zur Nachahmung anreizen.

Das Vorgehen der Walliser Bergarbeiter hat auch in Frankreich starke Erregung hervorgerufen. Der Sozialist Gustav Hervé nennt den Streik einen „schändlichen Streik“, tituliert die Bergleute als Hochverräter, die das Beispiel der „unerfülllichen Wüstlinge“, der englischen Grubenbesitzer, die den Krieg zur eigenen Bereicherung unbarbarisch ausnützen, nachahmten. Daß gerade ein Sozialist und früher wütender Antimilitarist, in dem Vorgehen der englischen Bergarbeiter, die von dem höheren Gewinn der Grubenbesitzer einen Anteil haben wollen, einen „häßlichen Zug“ erblickt, ist auf die Geistesverfassung unserer Feinde bemerkenswert.

Auch in der amerikanischen Munitionsherstellung gärt es. Die Arbeiter verlangen ihren Anteil an den hohen Gewinnen, die die amerikanischen Stahl- und Munitionsfabrikanten aus ihren Lieferungen an unsere Feinde beziehen. Da sie die Munitionsherstellung doch nicht verhindern können, tun sie damit schon recht, denn warum soll das englische, französische und russische Geld allein in die Taschen der Millionäre fließen. In einer Anzahl Fabriken ist es bereits zu Unruhen gekommen, in anderen drohen solche.

Die deutsche Regierung hat übrigens dieser Tage eine Bekanntmachung erlassen, wonach derjenige Deutsche, der in Feindesland sich an Munitionsherstellung beteiligt, sich des Landesverrats schuldig macht, worauf die Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus ruht.

Die Neuregelung unserer Lebensmittelversorgung.

Die neuen Getreidepreise. — Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 23. Juli die neuen Getreidepreise festgesetzt. Im allgemeinen sind sie in der bisherigen Höhe belassen worden. Das Mittel ist mit 220 % pro Tonne Roggen und 200 % pro Tonne Weizen geblieben. Die 38 Preisbezirke sind dagegen auf vier herabgesetzt worden, wodurch Preisänderungen sich ergeben mußten. Teilweise haben sie eine Herabsetzung und teilweise eine Erhöhung erfahren. Die Wirkung läßt sich noch nicht übersehen, da für die Erhöhung die Gegenden mit dem ausgedehntesten Körnerfruchtbau in Frage kommen, liegt diese Möglichkeit immerhin vor. Die Preise gestalten sich danach in Zukunft wie folgt:

Table with 4 columns: Location, old price, new price, location, old price, new price. Locations include Nachen, Berlin, Braunschweig, Bremen, Breslau, Bromberg, Cassel, Köln, Danzig, Dortmund, Duisburg, Gmden, Erfurt, Frankfurt a. M., Gleiwitz, Hamburg, Hannover, Kiel, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Posen, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Stettin, Straßburg, Stuttgart, Zwickau.

Die Weizenpreise stellen sich um 40 % höher. Die Zuschläge von 3 % pro Monat ab 1. Januar sind beibehalten worden. Die Gerste und Haferpreise sind erhöht worden, und zwar auf 300 % pro Tonne für das ganze Land. Die Gerstenpreise standen bisher mit den Roggenpreisen gleich, der Hafer, der ursprünglich zwischen 204 und 222 % pro Tonne stand, wurde bereits im Januar um 50 % auf 254—273 % erhöht. Der Gerstenpreis ist somit um 63—91 % und der Haferpreis um 28 bis 46 % pro Tonne erhöht. Der Preis für Gerste, die zu industriellen Zwecken, wie für Graupen- und Bierherstellung Verwendung findet, unterliegt den Höchstpreisen nicht, ebenso Samenfrucht.

In der von dem Bundesrat gegebenen Begründung wird gesagt, daß diese Preisfestsetzung für weite Kreise der Landwirtschaft eine schwere Enttäuschung sein werde, da sie infolge der außerordentlich verteuerten Produktionsbedingungen auf eine Erhöhung gehofft hätten. Es lasse sich nicht verkennen, daß die Landwirtschaft gegenwärtig von ihrem Kapital leben müsse. Wir möchten dazu sagen: „Auf diese Antwort des Kandidaten Jobies erfolgte

allgemeines Schütteln des Kopfes.“ Nach unserer Ueberzeugung zehrt die Landwirtschaft nicht nur nicht vom Kapital, sondern sie macht Ueberflüsse. Denn sie verdient ja nicht nur am Getreide erheblich mehr, sondern auch an allen übrigen landwirtschaftlichen Produkten, teilweise das Doppelte und Dreifache. Man denke nur an Hülsenfrüchte und Gemüse.

Unserer Ueberzeugung nach hätte der Getreidepreis eine Ermäßigung erfahren können. Wir wollen zufrieden damit sein, daß den Treibern auf eine Erhöhung kein Erfolg beschieden gewesen ist. Diese Treiber sind nicht tot, der Appetit kommt eben beim Essen, und sie werden sich auf anderen Gebieten wirksam zeigen. Wir werden nach wie vor äußerst wachsam sein müssen.

Um der unerhörten Verteuerung aller Lebensmittel wirksam entgegenzutreten, hat der Bundesrat folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Werden Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art sowie rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, die vom Eigentümer zur Veräußerung erworben oder erzeugt sind, und für die Höchstpreise nicht festgesetzt sind, dem Verbrauch vorenthalten, so kann das Eigentum an ihnen durch Anordnung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Behörde auf eine in der Anordnung näher zu bezeichnende Person übertragen werden. Die Entscheidung dieser Behörde darüber, daß die Voraussetzungen für die Anordnung vorliegen, ist endgültig. Die Anordnung ist an den Besitzer der Gegenstände zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

§ 2. Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung des Einkaufspreises und der Güte und Verwendbarkeit der Gegenstände von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt. Einkaufspreise auf Grund von Verträgen, die in den letzten zwei Wochen vor der Bekanntgabe der Enteignungsverordnung an den Besitzer oder vorher in der Absicht geschlossen worden sind, einen höheren Uebernahmepreis zu erzielen, werden bei Festsetzung des Preises nicht berücksichtigt. Die Preisfestsetzung durch die höhere Verwaltungsbehörde bedarf der Bestätigung des Reichskanzlers, sofern der festgesetzte Uebernahmepreis den Einkaufspreis um 5 Prozent übersteigt. Diese ist einzuholen durch Vermittlung der Landeszentralbehörde. Bei den nach einer bestimmten Frist aus dem Ausland eingeführten Gegenständen ist als Mindestpreis der Einkaufspreis im Ausland und ein Zuschlag zuzubilligen, der unter Berücksichtigung der mit der Einführung verbundenen Kosten und Gefahren zu bemessen ist. Der Uebernahmepreis ist vor zu zahlen.

§ 3. Ueber Streitigkeiten, die sich bei dem Enteignungsverfahren ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 4. Die Landeszentralbehörde erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung und sie bestimmt auch, wer als höhere Verwaltungsbehörde anzusehen ist.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 % oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

- 1. Wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungsmittel und für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, sowie für Gegenstände des Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten oder solche Preise sich von einem anderen gewähren und versprechen läßt.
2. Wer Gegenstände der bezeichneten Art, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen.
3. Wer, um den Preis für Gegenstände der erwähnten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit ihnen einschränkt oder andere unläutere Maßnahmen vornimmt.
4. Wer an einer Verabredung oder Verbindung teilnimmt, die eine Handlung der erwähnten Art zum Zwecke hat. Dabei kann in dem Urteil auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht. In dem Urteil kann ferner angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen sei.

So weit der Wortlaut der Verordnung. Nun liegt es an den Konsumenten, daß sie ein wachsameres Auge auf alle in der Verordnung angezogenen Vorgänge nehmen und rücksichtslos jede ihnen zu hoch erscheinende Forderung zur Anzeige bringen. Wir kommen noch darauf zurück.

Die Lebensmittelversorgung in Oesterreich.

Eine Kundgebung der christlich-sozialen Arbeiterschaft Oesterreichs zur Frage der Lebensmittelversorgung fand vor einigen Tagen in Wien statt. Nach einem Vortrag des Abgeordneten Spalowsky nahm die Tagung nachstehende Entschließung an, die der Regierung übermittelt wurde:

„In dem gewaltigen Kampfe, den unser Vaterland mit übermächtigen Feinden zu führen hat und den es

bisher so erfolgreich bestehen konnte, hat die Arbeiter-

Das Vaterland wird nur seiner Schlagfertigkeit und Wehrkraft dienen, wenn es darauf bedacht ist, auch von der Arbeiterkraft die Schäden, welche die im Gefolge des Krieges einherziehende Feuerung an ihr verursacht, nach Möglichkeit fernzuhalten. Damit wird ein wesentlicher Teil der Volkskraft geschützt, ihr das Durchhalten ermöglicht und deren Mitarbeit an dem späteren Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gesichert.

Die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung weisen eine Reihe teils schwerer Mängel auf, die für die Zukunft vermieden werden müssen. In diesem Sinne erhebt die christlich-soziale Arbeiterkraft folgende Forderungen:

1. Es ist der Landwirtschaft für die rechtzeitige Herbeibringung der Ernte und deren raschste Bereitstellung für den Konsum alle Hilfe zu gewähren.
2. Die Ernte in allen zur menschlichen Ernährung geeigneten Früchten ist zu beschlagnahmen und auf Kriegsdauer das Getreidemonopol festzulegen. Der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung sind die für den eigenen Bedarf notwendigen Mengen zu belassen.
3. Die Ernte ist dem Konsum unter Anwendung des Rationensystems zuzuführen. Die Zuführung hat durch die Kriegs-Getreidewerksamkeit zu geschehen. Dieselbe ist zu einer gemeinsamen österreichisch-ungarischen Anstalt auszubilden und hat unter Mitwirkung der beiden Regierungen eine gleichmäßige Aufteilung der Ernte auf beide Reichshälften vorzunehmen.
4. Die Kriegs-Getreidewerksamkeit hat im Einvernehmen mit der Militärverwaltung die Teilung der Ernte in den Militär- und Zivilbedarf vorzunehmen.
5. Die Höchstpreise sind sofort herabzusetzen. Durch diese Maßnahmen würden die zweifellos zurückgehaltenen Vorräte dem Konsum zugeführt werden.
6. Nicht nur für die Produzenten, sondern auch für den Großhandel und Kleinverkauf sind Höchstpreise zu bestimmen. Bei Bemessung der Rationen ist auf die Beschäftigungsart entsprechend Rücksicht zu nehmen.
7. Die Obsterte ist nach Möglichkeit der Vollernährung eventuell durch Konservierung zuzuführen.
8. In der Viehhaltung ist in erster Linie auf die Milchversorgung Bedacht zu nehmen. Für den Winter ist schon jetzt für die Beschaffung genügender, eventuell künstlicher Futtermittel vorzusehen, ohne daß die zur menschlichen Nahrung geeigneten Mittel in Anspruch genommen werden.
9. Die Einfuhr von ausländischem Fleisch und Fischen ist mehr ins Auge zu fassen und sind die eingeführten Mengen gleichmäßig für die einzelnen Konsumorte bereitzustellen.
10. Den Gemeinden ist die rechtzeitige Versorgung mit genügenden Mengen aller Lebensmittel aufzutragen. Eublich ist ein Lebensmittelamt einzurichten, welches eine rasche und zweckmäßigere Form der Erntestatistik und die Organisation der Lebensmittelversorgung zur Aufgabe hat. Ihm sind Landes-, Bezirks-, resp. in den größeren Gemeinden, entsprechende Ämter zu unterstellen, welchen auch Vertreter der Konsumenten, insbesondere der Arbeiterkraft beizugehören sind.

Die deutsche Volksversicherung, A.-G.

In Berlin hielt am 26. Juli d. J. unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Graf von Posadowski-Wehner ihre zweite Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht zeigt trotz der durch den Krieg hervorgerufenen Hemmungen ein günstiges Bild von der Entwicklung des Unternehmens. Die ersten sieben Monate des Jahres 1914 — bis zum Kriegsausbruch — brachten 31 930 Versicherungen mit 12 764 531 M. Versicherungssumme, obgleich die angeschlossenen Organisationen noch zum größten Teil mit den Vorarbeiten beschäftigt waren und die Verarbeitung daher noch nicht aufgenommen hatten. Aus diesen Kreisen wurde betont, daß man allseitig die im Geschäftsbericht ausgesprochene zuverlässige Stimmung bezüglich der weiteren günstigen Entwicklung teile. Ueber den Versicherungsabgang wurde mitgeteilt, daß er sich infolge des Krieges zwar gesteigert habe, jedoch auch jetzt noch unter der Grenze bleibe, die man für normale Zeiten als gesund betrachte. Günstig sei auch die Höhe der Durchschnitts-Versicherungssumme. Infolge des Krieges hätten die Verwaltungskosten beträchtlich eingeschränkt werden können, was in dem nächsten Bericht zum Ausdruck kommen werde. — Die Verteilung des verfügbaren Reingewinnes in Höhe von 30 541,34 M. wurde nach dem Vorschlag des Aufsichtsrats genehmigt. Es werden zunächst 5 Proz. gleich 1 527,07 M. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt. Von dem verbleibenden Rest werden 20 Proz. gleich 20 309,99 M. der Gewinnreserve der mit Gewinnanteil Versicherten zugewiesen. Weitere 10 Proz. gleich 2991,43 M. die nach Belegung der Generalversammlung in Zukunft aller Versicherten zu verbleiben sind, fließen dem „Reservefonds für die Versicherten“ zu. Von dem Rest 502,86 M. verbleibenden Restes fanden 5000 M. zur Verteilung auf das Grundkapital zur Verfügung. Nach dem einstimmigen Beschluß der Versammlung wird jedoch entsprechend dem Vorschlag des Aufsichtsrats auch in diesem Jahre noch von der Verteilung einer Teilsumme auf das Grundkapital abgesehen und der dafür verfügbare Betrag dem Reservefonds überwiesen werden. Der Rest nach zur Erhaltung der Kriegszinsen verwandt. — Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde von der Generalversammlung Entlassung erteilt. Bei der Ernennungsvorschläge für die folgenden Jahre wurden die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder bestätigt. Die Versammlung einigte sich auf die Wahl des ehemaligen Herrn Reichsanwalt Dr. Carl von der See als Vorsitzenden des Aufsichtsrats. — Die Verteilung

aus der Kriegsversicherung wurde als nach wie vor erfreulich bezeichnet. Bis zum Tage der Versammlung seien über 500 000 M. für etwa 45 000 Kriegsteilnehmer eingezahlt worden. Die Anzahl der Sterbefälle sei bisher sehr gering. Auf die Sterbefälle letzte die Kriegsversicherung lediglich eine vorläufige Zahlung in Höhe des künftigen Betrages der Einzahlung. Es empfiehlt sich daher, mit der Anmeldung der Sterbefälle nicht zu warten, was die Angehörigen der versicherten Kriegsteilnehmer besonders beachten mögen.

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauanfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe, und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauanfälle sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

Angsburg. Bei einer Dachausbesserung stürzte aus einer Höhe von etwa 18 Metern, ebenfalls infolge Uebergewichts, unser Kollege, der Maurer Georg Rau am 17. Juli ab. Beide Flügel und das Hüftgurt waren gebrochen. Nach drei Stunden verschied der Kollege im Krankenhaus. Eine alte Mutter beklagt ihren Ernährer. Ob die Vorschriften über Unfallverhütung bei Dacharbeiten



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Theodor Aneilmann.** Zahlstelle Ahlen, Maurer.
 - Sof. Rabe.** Zahlstelle Denna.
 - Abalbert Gaf** aus Pfaffenrod. Verwaltungsstelle Fulda.
 - Heinrich Büskens** aus St. Lönns. Verwaltungsstelle Krefeld.
 - Wilhelm Haffe** aus Bilde. Zahlstelle Dorsten.
 - Soh. Arnold** aus Altona a. Elbe. Verwaltungsstelle Essen.
 - Sof. Wutke.** Zahlstelle Stiebold.
 - August Ruffel.** Zahlstelle Haren, Ems.
 - Gerhard Wente.** Zahlstelle Oberhausen.
 - Hermann Muzklinger.** Zahlstelle Oberhausen.
 - August Wolf** aus Rötterberg (Sippe-Deimold).
 - Heinrich Post** aus Fürstenau, Kreis Höxter.
 - Hermann Keners** aus Helmern, Kreis Bielefeld.
 - Clemens Schwebhelm** aus Gundershagen, Kreis Bielefeld.
 - Edmund Nebemann** aus Altenbochum. Verwaltungsstelle Bochum.
 - Max Seifert** aus Bielefeld. Verwaltungsstelle Dortmund.
 - Bernard Walbmann.** Zahlstelle Greven a. d. Ems.
 - Georg Ballhausen** aus Brochthausen. Zahlstelle Essen, Maurer.
- Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 1073 brave Kollegen entzogen.

Am 11. Juli starb unser treuer Kollege **Gustav Kaminski** an Lungenerkrankung im Alter von 36 Jahren.

Am 17. Juli starb infolge Unglücksfalls unser Kollege **Georg Rau** im Alter von 19 Jahren. Verwaltungsstelle Angsburg. Ihre ihrem Andenken!

ten, Anseilen, Fangerüste usw. beachtet wurden, ist aus dem Polizeibericht, der lediglich von einem Nicht-verstorbenden dritter Personen spricht, nicht zu ersehen.

Hamborn. Infolge eines Unfalles verunglückte der Kollege **Karl Boreisch** auf der Baue Neumühl unter Tag. An den Folgen starb der Kollege am 21. Juni im Krankenhaus zu Hamborn.

Gerichtliches

1. Die Wirkung des gegenseitigen Kündigungs- und Aufhebungs auf einen Arbeitsvertrag. Urteil des Landgerichts Berlin vom 24. Februar 1914. (Nachdruck auch im Anhang verb.) Kommt der Dienstverpflichtete mit der Kündigung der Dienste in Verzug, so kann der Arbeitgeber für die infolge des Verzugs nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Rückzahlung verpflichtet zu sein. (§ 615 BGB.) Auf diese Bestimmungen stützte sich der Anspruch eines Arbeiters gegen seine Firma, die ihn nach Übertragung einer Arbeiterschaft entlassen hatte. Im eingetragenen

der Fall folgendermaßen: Der Arbeiter B. der Firma M. war von dieser ohne vorherige Kündigung entlassen worden. B. forderte nun für zwei angefangene Akkordarbeiten, während die Firma M. ihm nur den Betrag seiner Entlassung fällig gewordenen Stundenlohn zahlte, indem sie sich darauf stützte, daß sie berechtigt gewesen sei, auch bei Akkordarbeit jederzeit das Arbeitsverhältnis zu kündigen. Das in der Sache angerufenen Gewerbegericht entschied zugunsten des Arbeiters. Gegen dieses Urteil eingelegte Berufung veranlaßte das Landgericht Berlin zu folgenden abweichenden Ausführungen: Zunächst ist die prinzipielle Frage zu erörtern, welchen Einfluß der Abschluß eines Akkordvertrages auf den in Ziffer II der in Rede stehenden Arbeitsordnung der Beklagten enthaltenen gegenseitigen Kündigungsanspruch hat. Das Berufungsgericht tritt hier dem Vorberichter darin bei, daß in der Regel eine übertragene Akkordarbeit erst beendet sein muß, bevor die Vereinbarung des Kündigungsanspruches in Kraft treten kann. Das folgt aus der Eigenart des Akkordvertrages, der insofern dem neben ihm bestehenden allgemeinen Dienstvertrage vorgeht. Es muß als Wille der Parteien angesehen werden, daß sie während der Dauer der Akkordarbeit vom dem Rechte der kündigunglosen Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht Gebrauch machen wollten. Dem der Unternehmer bezweckt mit dem Abschluß des in der Regel von ihm ausgehenden Akkordvertrages nicht nur die Herstellung des einzelnen Arbeitsstückes. Er will sich vielmehr gleichzeitig auch die Arbeitskraft der Akkordarbeiter für einen gewissen Zeitraum sichern. Dem Arbeiter andererseits liegt nicht nur an der Erlangung der Vergütung im Einzelfalle, sondern vor allem auch daran durch Übernahme einer größeren Akkordarbeit ein sicheres Einkommen von längerer Dauer zu erzielen. Beide Teile stimmen also bei Abschluß des Akkordvertrages übereinstimmend davon aus, daß das zwischen ihnen geschlossene Dienstverhältnis mindestens für die Dauer des Akkordvertrages bestehen bleiben soll. Allerdings können sie auch im einzelnen Falle oder auch allgemein die Vereinbarung treffen, daß das Dienstverhältnis auch während der Dauer der Akkordarbeit von jeder Seite zu lösen ist. Eine derartige Abrede muß sich dann aber einwandfrei entwerfen aus der Arbeitsordnung oder aus den besonderen Bestimmungen des einzelnen Falles ergeben. Vorauszusetzen ist eine dahingehende Abrede nicht. Die entgegengesetzte, von der Beklagten vertretene Ansicht des Landgerichts wird dem oben dargelegten wirtschaftlichen Charakter des Akkordvertrages und dem Willen der Parteien nicht gerecht. Die Tatsache allein, daß in der Arbeitsordnung ganz allgemein die jederzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses vorgesehen ist, spricht nicht ohne weiteres dafür, daß jeder Akkordvertrag als unter jener Bedingung des Kündigungsanspruches abgeschlossen gilt. Wenn auch die Arbeitsordnung der Beklagten in ihrer Gesamtheit sowohl als Bestandteil des allgemeinen Dienstvertrages, als auch als ein Teil des besonderen Akkordvertrages anzusehen ist, so folgt daraus noch nicht, daß auch solche Bestimmungen der Arbeitsordnung für den Akkordvertrag zu gelten haben, die nach Anschauungen des Verkehrs mit dem eigentümlichen Zwecke des Akkordvertrages und mit der nach Treu und Glauben auszufolgenden Absicht der Parteien nicht recht zu vereinbaren sind. Denn der Akkordvertrag ist ein Vertrag eigener Art.

Gemeinnützige

Deutsche Volksversicherung

Kollegen,
schützt Frau und Kinder

für den Fall Eures frühzeitigen Todes,
 sorgt
für Euer Alter sowie für die Ausbildung u. Aussteuer oder den Sterbefall Eurer Kinder

bei unserer gemeinnützigen Volksversicherung.
Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands

Belangt unverbindliche Auskunft kostenlos bei dem
Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften
Ecke a. Rhein, Bräuer Wall 9